

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint jeden Nachmittags, außer an Sonntagen und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Botenfreilins Haus monatlich 80 M., Einzelverkaufspreis 4,00 M. Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtspaltige Zeitzeile oder deren Raum 12,00 M., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 11,00 M., Reklamen 45,00 M., Beilagegebühren 1000 Stk. 225 M. Geschäftsstelle: Johannisstr. 46. Fernruf: 926.



Lübecker Volksbote

Nummer 208.

Mittwoch, 6. September 1922.

29. Jahrgang.

Aktionsprogramm

Der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Der Gang der geschichtlichen Entwicklung zeigt, daß der Kapitalismus der Welt Frieden, Arbeit und Brot nicht zu geben vermag. Immer zwingender wird die Erkenntnis, daß die Menschheit nur durch den Sozialismus zu Freiheit und Wohlfahrt gelangen kann.

In dem Streben, alle Kräfte des Proletariats zur Erreichung der politischen Macht, zur Beseitigung der Klassenherrschaft und zur Verwirklichung des Sozialismus einheitlich im Klassenkampf zusammenzufassen, stellt die Vereinigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands, ausgehend von den Grundätzen des wissenschaftlichen Sozialismus, folgende Kampfziele in den Vordergrund:

1. Schutz der Republik.

In der Erkenntnis, daß die demokratische Republik für den Kampf des arbeitenden Volkes den weitesten Spielraum, die sicherste Grundlage und den Ausgangspunkt für die Verwirklichung des Sozialismus bietet, fordert die Vereinigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands den schärfsten und rücksichtslosesten Kampf gegen alle Bestrebungen zur Wiederherstellung der Monarchie, Ausgestaltung der Reichswehr zu einer zuverlässigen Verteidigungswaffe der Republik, Festigung der Reichseinheit, Ausbau der Republik zum organisch gegliederten Einheitsstaat.

Diese Politik fordert in den Ländern die Reinigung des Polizei- und Beamtenkörpers von den Anhängern der Monarchie, umfassende Demokratisierung der gesamten Verwaltung, Selbstverwaltung der Gemeinden und Gemeindeverbände, Bekämpfung der partikularistisch-reaktionären Bestrebungen.

2. Kampf gegen die Klassenjustiz.

Umgestaltung des gesamten Rechtswesens nach sozialistischen Grundätzen. Zusammenlegung der Richterkollegien aus allen Volksschichten. Entscheidende Mitwirkung gewählter Richter in allen Zweigen der Justiz. Abschaffung der Todesstrafe. Beseitigung aller gesetzlichen Bestimmungen, die die Frau in ökonomischer und privatrechtlicher Beziehung dem Mann gegenüber benachteiligen.

3. Finanz- und Wirtschaftspolitik.

Grundlegende umfassende Finanzreform, die auf dem Prinzip der Quellenbesteuerung und der Lastenverteilung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit aufgebaut ist.

Unmittelbare Beteiligung des Reiches an den Erträgen der kapitalistischen Unternehmungen. Erbschaft des Reiches bei entferntesten Verwandtschaftsgraden, Pflichtteil des Reiches, abgestuft nach der Zahl der Erben. Verhinderung von Steuerhinterziehung und Kapitalflucht. Schärfste Besteuerung der Spekulationsgewinne, insbesondere der Gratisaktien und Bezugsrechte. Erhöhung der Ausfuhrabgaben bis zur völligen Gefassung der Warentagewinne. Verschärfte Erfassung der Auslandsdividenzen mittels wirksamer Kontrolle durch die Außenhandelsstellen. Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, insbesondere mit Brot, Kartoffeln, Fleisch, Milch und Zucker, unter Mitwirkung und Förderung der Genossenschaften. Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaues, Bekämpfung des Bauhoffwuchers. Kontrolle der privatwirtschaftlichen Monopole. Sozialisierung der Schlüsselindustrien, insbesondere des Bergbaues.

4. Sozialpolitik.

Schutz der Arbeitskraft durch Ausbau der sozialen Gesetzgebung. Abwehr aller Angriffe auf den Achtstundentag. Herabsetzung der Arbeitszeit in gefährlichen und gesundheitschädlichen Betrieben. Einschränkung der Nachtarbeit für Männer und Verbot der Nachtarbeit für Frauen und Jugendliche. Verbot jeder

Erwerbsarbeit für schulpflichtige Kinder. Sicherung der Koalitionsfreiheit und des Streikrechts. Ausbau der staatsbürgerlichen und wirtschaftlichen Rechte der Beamten. Erlass der Lohnlosen durch Einrichtungen, welche die Notstandsarbeiter in lebenswichtigen Betrieben durch Selbstdisziplin der Arbeiter unter Mitwirkung der Gewerkschaften sichern. Ausreichende Fürsorge für bedürftige, arbeitsunfähige und arbeitslose Mitglieder der Gesellschaft. Schaffung eines einheitlichen Arbeiterrechts. Ausgestaltung des wirtschaftlichen Käufersystems zu einer Vertretung der sozial- und wirtschaftspolitischen Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten.

5. Volksgesundheit und Volkserziehung.

Vergesellschaftung des Gesundheitswesens, der Erziehungs- und Bildungseinrichtungen. Einheitschule mit weltlichem Charakter. Erklärung der Religion zur Privatangelegenheit. Ausgestaltung der Schule nach sozialistisch-pädagogischen Grundätzen. Verbindung der Erziehung mit der materiellen Produktion.

6. Internationale Politik.

Kapitalismus und Klassenherrschaft der Besitzenden haben den Weltkrieg entfesselt und nach seiner Beendigung sich vollkommen unfähig erwiesen, einen wirklichen Frieden herbeizuführen. Ein solcher Frieden kann nur aus dem Geiste des internationalen Sozialismus geschaffen werden. Die Vereinigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands fordert die Fortsetzung einer Außenpolitik der Verständigung und des Wiederaufbaues unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit Deutschlands. Sie erkennt in dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs und Belgiens eine moralische Pflicht Deutschlands sowie das unerläßliche Mittel, durch diese Wiederherstellung die Völkerverhältnisse zu bessern. Sie gibt aber der Ueberzeugung Ausdruck, daß die fortschreitende Zerrüttung der deutschen Staats- und Volkswirtschaft sowie der fürchterliche Mangel an ausreichenden Erleichterungen der Reparationslasten zu einer zwingenden wirtschaftlichen Notwendigkeit machen.

Der Krieg des Imperialismus und seine Fortsetzung in den Friedensverträgen haben eine schwere Weltkrise erzeugt: in den Siegerstaaten, Arbeitslosigkeit, Produktionsstauung, Anstauung der Rohstoffe und Fabrikate; in den besiegten Ländern: Enten der Kaufkraft, der Löhne, Verschlechterung der Lage der arbeitenden Klassen. Expropriation des Mittelstandes, Zwang zur Selbstkonkurrenz. Krieg, Wirtschaftskrise und Friedensvertrag haben die arbeitenden Klassen aller Länder zu Befestigten des Imperialismus gemacht. Der Kampf gegen die imperialistische Politik, für die Überwindung der Friedensverträge, für die Überwindung der Macht- und Gewaltpolitik durch eine internationale Rechtsorganisation erfordert den Zusammenschluß des Weltproletariats zu einer einheitlichen, geeinigten Kampfgenossenschaft.

Die Kampfziele unseres Aktionsprogramms erheben die höchste Kraftentfaltung des Proletariats, die Stärkung aller seiner politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen, die volle Geschlossenheit und Einheit seiner Aktion. Die Partei ruft deshalb alle Arbeiter, Angestellten und Beamten auf, die Einheit zu verwirklichen. Pflicht aller Parteimitglieder ist es, in den Gewerkschaftsorganisationen allen Zersplitterungs- und Spaltungsbestrebungen mit größter Energie entgegenzutreten. Die Forderungen unseres Programms müssen zur Grundlage des gemeinsamen Kampfes aller vom sozialistischen Geist erfüllten Organisationen werden. Mit erhöhter Siegeszuversicht, mit gestählter Kraft wird sich dann die historische Sendung der arbeitenden Klasse vollenden: Die Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaft!

Die belgischen Vertreter in Berlin.

Berlin, 6. September.

Die Vertreter der belgischen Regierung De la Croix und Vermeylen sind heute in Berlin angekommen. Nach Abschluß der letzten Berliner Beratungen mit der Reparationskommission hatte sich der Staatssekretär Bergmann nach London begeben, um mit den dortigen Finanzkreisen Fühlung zu nehmen. Er wird heute von dieser Reise zurückkehren und man erwartet seinen Bericht, bevor man endgültig zur Sicherstellung der deutschen Schatzwechsel Stellung nimmt. Es kann gesagt werden, daß eine Mitwirkung englischer Finanzkreise bei den erforderlichen Operationen im Bereiche des Möglichen liegt.

Amerika und die europäischen Wäluen.

Der Korrespondent der „United Press“ in Washington berichtet, daß die amerikanische Regierung Unterhandlungen mit

den Emissionsbanken der Länder mit gesunder Valuta begonnen habe, um durch eine gemeinsame Aktion dieser Länder die Valuta zu stabilisieren. Es sei wahrscheinlich, daß aus diesen Unterhandlungen eine Weltkonferenz hervorgehen werde. Die Initiative zu diesen Unterhandlungen sei vom Präsidenten Harding ausgegangen, der schon vor einigen Wochen bei den Banken von England, Japan und Skandinavien anfragen ließ, ob sie eine Möglichkeit dafür sähen, die Wäluen zu stabilisieren. Harding habe keinen besonderen Plan ausgearbeitet. Man glaube aber, daß die im Gange befindlichen Unterhandlungen das Vorbild zu einer auf breiterer Grundlage aufgebauten Aktion der Vereinigten Staaten hinsichtlich der finanziellen Angelegenheiten Europas sein werden. Amerika werde zu geeigneter Zeit eingreifen.

Dollar absteigende Tendenz 1350.

Das Einigungsprogramm.

SPD. Berlin, 5. September.

Das nebenstehende „Aktionsprogramm der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“, das aus gemeinsamen Verhandlungen von Vertretern der SPD. und der USP. entstanden ist, hat seinen geschichtlich berühmten Vorgänger in jenem Einigungsprogramm von Gotha, auf dessen Boden sich die Eisenacher und Lassalleaner im Mai 1875 zusammenfanden. Bekannt ist, mit welcher Schärfe Marx und Engels dieses Gothaer Programm verwurten, bekannt ist aber auch, mit welcher Leichtigkeit sich ein Mann wie Bebel über die Einwände der großen Wissenschaftler von London hinwegsetzte, obwohl sein Respekt vor ihnen wahrlich nicht gering war. Die praktische Einsicht in die Notwendigkeit, dem zerstörenden Bruderkampfe ein Ende zu bereiten, war bei den Vätern der ersten Einigung stärker als jedes theoretisch-wissenschaftliche Bedenken. Schließlich hatten beide Teile recht, sowohl Marx und Engels in London, wie Bebel in Deutschland; nur daß sie die Sache aus verschiedenen Gesichtswinkeln betrachteten. Für die großen Schöpfer des wissenschaftlichen Sozialismus war die wissenschaftliche Haltbarkeit jedes einzelnen Satzes des Gothaer Programms Gegenstand einer eindringlichen Prüfung, die vielfach unbefriedigend ausfiel. Für die Praktiker in Deutschland gab es dagegen nur die eine Frage, ob dieses Programm geeignet sei, zwischen den beiden einander bekämpfenden Teilen der deutschen politischen Arbeiterbewegung die Brücke zu schlagen. Als eine solche Brücke hat das Gothaer Programm seinen Zweck erfüllt. Es war notwendig, um die einige Sozialdemokratische Partei zu schaffen, die schon in latenter Zeit zur weitaus stärksten Partei des Reiches wurde. Damit hat das Gothaer Programm seine historische Mission erfüllt. Ob alle seine Sätze vor strenger wissenschaftlicher Kritik standhielten, ist heute weniger wichtiger.

Wenn der Augsburger Parteitag der SPD. und der Geraer der USP. das neue Einigungsprogramm — beide voraussetzlich mit erdrückender Mehrheit — annehmen werden, so werden sich dabei die Abstimmer nicht fragen, ob sie mit jedem Wort dieses Programms einverstanden sind, sondern sie werden ihre Abstimmung vollziehen je nachdem, ob sie die Einigung wollen, oder nicht. Wer das Ziel will, muß auch den Weg wollen. Den Weg zur Einigung aber bildet eben dieses neue Aktionsprogramm, und keiner, der die Einigung will, wird zögern, ihn zu beschreiten.

Das neue Einigungsprogramm ist auf jeden Fall besser als das alte von Gotha. Im Gothaer Programm kann heute noch jeder, der die Geschichte der Sozialdemokratie kennt, die Bruchstelle zwischen Eisenachern und Lassalleanern erkennen, die mit Wortklammern kunstvoll verrietet worden ist. Wenn das Gothaer Programm von der „einen reaktionären Masse“ spricht, als die alle bürgerlichen Parteien zu betrachten seien, wenn es das Ziel proklamiert, die Herrschaft des „ehernen Lohngeleges“ zu zertrümmern, wenn es den Produktiv-Genossenschaften im Befreiungskampf des Proletariats einen besonders hohen Rang zuweist, so sind das alles Zugeständnisse, die den Lassalleanern von den Eisenachern innerlich widerstrebend gemacht wurden. In dem neuen Einigungsprogramm sind solche künstlich verrietete Bruchstellen nicht zu erkennen und überhaupt nicht vorhanden. Es gibt darin einige Sätze, über deren Formulierung sich unter Sozialisten vielleicht streiten läßt, aber in einem solchen Streit würden nicht Mehrheitssozialdemokraten und Unabhängige gegeneinander stehen, sondern innerhalb der beiden, bisher getrennt marschierenden Gruppen würden die Meinungen individuell auseinanderstreben. Das gilt insbesondere von jenem zweiten Absatz, von der „Verwirklichung des Sozialismus“ spricht in einer Weise, als ob die Bewirklichung nur von dem Willen und der Kraft des Proletariats, nicht aber auch von objektiven Entwicklungsfaktoren abhänge. Wäre es Zeit, über die wissenschaftliche Haltbarkeit dieses Satzes zu sprechen, so würde sich zeigen, daß sowohl bei den Unabhängigen, wie auch bei den Mehrheitssozialdemokraten die Meinungen über ihn geteilt sind.

Im übrigen enthält das neue Einigungsprogramm nichts, wogegen sich das theoretische Gewissen eines Sozialdemokraten der einen oder der anderen Partei erheben könnte. Das ist umso bemerkenswerter und erfreulicher, als das neue Aktionsprogramm seine Formulierung fast ausschließlich von Mitgliedern der bisherigen USP. erhalten hat. Ein Kampf, in dem über Lehmeinungen und taktische Auffassungen gestritten worden wäre, hat nicht stattgefunden. Er wäre sachlich auch nicht im mindesten berechtigt gewesen, da gegen die Programmvor schläge der Unabhängigen ernste sachliche Einwände kaum zu erheben waren. Darin zeigt sich, daß der Einigungsprozess innerlich schon zu einer hohen Reife gelangt war, so daß die organisatorische Vereinigung nur noch als eine natürliche Folge dieses geistigen Entwicklungsprozesses erscheint.

Außerdem ist ja das Einigungsprogramm nur als ein Provisorium gedacht. In Nürnberg soll eine Kommission eingesetzt

Ein Wiedergutmachungsgeschäft.

Stinnes und die französischen Kapitalisten.

Wir leben im Zeitalter der Widersprüche. Während die Deutschnationalen und die Volkspartei täglich gegen Stinnes Erfüllungspolitik wettern, und Rathenau wegen seines Wiederaufbauabkommens ermordet wurde, geht der Volksparteilicher Stinnes her und schließt mit den französischen Kapitalisten einen Pakt für den Wiederaufbau Nordfrankreichs. Stinnes wird dabei ein gutes Geschäft machen — der Patriotismus wirkt sechs Prozent ab und Stinnes wird auch bei der Verteilung der Arbeiten in manchem chauvinistischen Maulhelden von der Industrie den Mund mit fetten Luftzügen stopfen. Ueber die Beteiligung Stinnes am Wiederaufbau sei in großen Unwissen folgenden gesagt:

Stinnes und der Generalverband der französischen Wiederaufbau-Gesellschaften haben einen Lieferungsvertrag großen Stils abgeschlossen, der sich auf die Lieferung von Baustoffen und Material verschiedenster Art erstreckt. Welchen Umfang die in Aussicht stehenden Lieferungen haben, geht daraus hervor, daß es sich um Materialien für Wiederherstellungsarbeiten für insgesamt 190 000 geschädigte Hausbesitzer handelt, deren Entschädigungsforderungen einen Wert von 13 Milliarden Franken, also nach heutigem Kurse von fast rund 1479 Milliarden Papiermark ausmachen! Daß von diesem Betrag ein sehr erheblicher Teil allein für Baustoffe auszugeben werden muß, liegt bei der Art der Arbeiten auf der Hand.

Der Vertrag zwischen dem Marquis de Lubersac und Stinnes, der schon am 14. August abgeschlossen worden ist, besteht aus rund zehn Paragraphen. Stinnes macht die Aktiengesellschaft für Hoch- und Tiefbau in Eßen zum Träger des Abkommens.

Die Aktiengesellschaft für Hoch- und Tiefbau ist berechtigt, für die allgemeinen Aufkosten und den Nutzen einen Aufschlag zu berechnen, der 6 Proz. des Preises beträgt, den sie in Deutschland für die gelieferten Waren bezahlt hat.

Das Stinnes-Unternehmen verdient bei einem Gesamtobjekt von dreizehn Milliarden Franken gleich rund fünfzehnhundert Milliarden Papiermark, vom dem etwa die Hälfte Materialien betrifft, für seine organisatorische Tätigkeit rund 45 Milliarden Mark. Der Betrag dieses Aufschlages wird in die Summe miteinbezogen, die Deutschland für die tatsächlichen Sachlieferungen gutgeschrieben wird. Die Bezahlung der Vermittlungsprozente und die Kosten der Finanzierung gehen zu Lasten des Reiches.

Interessant ist, daß der Preis der deutschen Materialien, die den französischen Gegnern der zerstörten Gebiete zugeführt werden, auf keinen Fall den Preis der entsprechend der vom französischen Markt gelieferten Materialien übersteigen darf. Da die Kriegsentwöhnung der fran-

zösischen Geschädigten demgemäß festgesetzt worden sei. Ins Deutsche übersetzt heißt dies, daß die französischen Wucherer die Grundlage des Stinnesvertrages bilden sollen und daß beiden Teilen das Geschäft über das Staatswohl geht.

Allgemein ist noch zu sagen: Stinnes besitzt das halbe Aktienkapital der Aktiengesellschaft für Hoch- und Tiefbau in Eßen und hat dadurch ein Monopol für die Lieferungen an Frankreich. Daß der in der Presse und in der Politik jede Erfüllungspolitik bitter bekämpfende Großindustrielle sich damit an die Stelle der unvorgeesehenen behördlichen Verteilungsstellen für die Sachlieferungen gesetzt hat, ist umso auffälliger, als hier nur ein Privatvertrag vorliegt, für den Stinnes, der von seinem Ruf als Kaufmann und Industrieller manches zu verlieren hat, mit seiner ganzen Persönlichkeit einzutreten verpflichtet ist. Nicht Bedingung, aber immerhin ein beachtlicher Vorbehalt ist die Erklärung, die Stinnes in dem Vertrag zu Protokoll gegeben hat und die besagt, daß zur verstärkten Lieferung von Baumaterialien Frankreich erhebliche Mengen an Reparationskosten der deutschen Wirtschaft überlassen sollte. Auch die Verwendung dieser freigegebenen Kohlen soll von Hugo Stinnes überwacht werden. Sicher hängt die Bemessung des Preises in Franken oder nach einer Gleitkala den beteiligten Industrien gewaltige Kapitalgewinne, die auf Kosten des Volksganges gehen. Viel wichtiger aber ist die Tatsache, daß sich Stinnes in seiner Geschäftspolitik in einen geradezu phantastisch anmutenden Widerspruch mit seiner in Presse und Parlament betriebenen Oppositionspolitik gegen das Erfüllungskabinett gesetzt hat. Eine so ungeheuerliche Unwahrhaftigkeit, wie sie in diesem Gebaren liegt, wird auch dadurch nicht beschönigt, daß gewisse Fortschritte in der Verständigung mit Frankreich tatsächlich erzielt worden sind und daß, wenn man den Anhebungen bürgerlicher Blätter Glauben schenken soll, vielleicht auch außenpolitisch bei den Verhandlungen gewisse Erfolge erzielt wurden. Bezeichnenderweise findet sich unter den bürgerlichen Kommentaren des Stinnes-Vertrages kaum eine Stimme, die es wagt, diesen Widerspruch energisch aufzuweisen.

Die Bergarbeiter gegen das Stinnes-Abkommen.

Der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ zufolge haben der alte Bergarbeiterverband und die übrigen Verbände und Gewerkschaften sich gegen die weitere Ausdehnung der Ueberführungen im Bergbau ausgesprochen, die zur Garantierung der Reparationslieferungen in dem Plane von Stinnes vorgesehen waren. Die ablehnende Haltung wird damit begründet, daß die Durchführung des am 1. September in Kraft getretenen Ueberführungsabkommens bereits an verschiedenen Stellen wegen der fürperlichen Beschaffenheit der Bergleute auf Schwierigkeiten stoße.

werden, die aus Mitgliedern der beiden bisherigen Parteien zusammengesetzt sein soll und deren Aufgabe es sein wird, einem künftigen Parteitag der geeinten Partei einen neuen Programm-entwurf zu unterbreiten. Bei der Ausarbeitung dieses neuen Parteiprogramms wird auch der letzte Rest bloß taktischer Bedenken zurücktreten müssen gegenüber dem Bestreben, eine theoretisch vollkommen haltbare Grundlage der Parteiarbeit zu schaffen. Wir dürfen von unserem Standpunkt aus die Erwartung hegen, daß dabei das vom Sozialdemokratischen Parteitag in Götting beschlossene Programm eine wertvolle Grundlage abgeben und vor jeder Prüfung in Ehren bestehen wird. Ob das Göttinger Programm in der Hauptsache als Programm der geeinten Partei akzeptiert werden, oder erheblich verändert werden wird, dürfen wir ruhig der weiteren Entwicklung der Dinge überlassen. Für die allernächste Zeit ist es aber nicht das Wichtigste, welchen Wortlaut das Programm hat, sondern ob es wieder eine einrige deutsche Sozialdemokratie geben soll. Und von diesem Standpunkt aus gilt für das „Aktionsprogramm der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ nur ein vorbehaltloses Ja!

Die wirtschaftliche Not.

Die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften

verhandelt am Dienstag mittag erneut mit dem Reichskanzler. Der Kanzler informierte die Gewerkschaften vertraulich über die außenpolitische Lage. Er betonte dabei, daß die Reparationsfrage, um eine befriedigende Lösung möglich zu machen, als internationale Frage anerkannt werden müsse. Die Beseitigung der inneren wirtschaftlichen Schwierigkeiten sei ohne Lösung der Reparationsfrage beim besten Willen aller Beteiligten nicht möglich. Die Gewerkschaften untertrügen die von ihnen vor 10 Tagen beim Reichskanzler gemachten Vorschläge und bedauerten, daß bisher nur auf Teilgebieten entsprechende Maßnahmen von der Reichsregierung durchgeführt seien. Insbesondere betonten die Gewerkschaftsvertreter, daß zur Verhinderung eines wirtschaftlichen Krachens eine zwangswirtschaftliche Regelung in irgendeiner Form nicht zu umgehen sei. Je tiefer der moralische Verfall des deutschen Volkes unter der wirtschaftlichen Not fortgeschritten, desto schwieriger würde sich die Durchführung einer verbesserten Wirtschaftsführung gestalten.

Die Gewerkschaften legten nun auf folgende drei Vorschläge nachdrücklich Wert: 1. Verschärfung der Wucherergesetzgebung, wobei unter keinen Umständen von den Behörden der sogenannte Wiederbeschaffungspreis den Handel und den Produzenten konzediert werden dürfe. 2. Einschränkung des freien Vorkienhandels. 3. Ablehnung der Forderungen der Landwirtschaft nach Erhöhung des Preises für Umlagegetreide. Ueber diese Frage soll nunmehr nach Mitteilung des Kanzlers Ende dieser Woche unter Hinzuziehung des Ernährungs- und Wirtschaftsministers eingehender gesprochen werden.

Die Konferenz der Ernährungsminister

In Hamburg befand sich insbesondere mit der Versorgung der Bevölkerung mit Brot, Kartoffeln, Zucker und Geflügel. Sie legte ihre Auffassung in einer Resolution nieder, die im wesentlichen besagt: Die Preisentwicklung für Nahrungsmittel wird im allgemeinen bestimmt durch die Wirtschaftslage und Saluta. Ohne Beseitigung der Wirtschaftslage kann keine wirkliche Besserung der Ernährung und Verbilligung eintreten. Vorbedingung ist eine Erleichterung des Druckes durch die Entente. Die Ministerkonferenz ist einmütig der Ueberzeugung, daß alle Maßnahmen getroffen werden müssen, die auf eine wirksame und zweckmäßige Verwendung der vorhandenen Nahrungsmittel im Inlande Einfluß haben können, und daß auch auf eine erträgliche Preisgestaltung durch solche Maßnahmen hingewirkt werden muß. Sie spricht sich daher für ein Verbot der Herstellung von Starbieren und im übrigen für eine Einschränkung der Viehzucht und für ein Verbot der Verwendung von Inlandszucker für Süßwaren, bei der Herstellung von Branntwein, Sekt und Süßigkeiten. Sie hält es weiter für notwendig, in dem demnächst beginnenden neuen Jahreswirtschaftsjahr Maßnahmen dahin zu treffen, daß der inländische Zucker in erster Linie der Bevölkerung zum Mundverbrauche zugeführt wird.

Hinsichtlich der Kartoffelernte lauten die Berichte aus den verschiedenen Ländern übereinstimmend günstig. Die Konferenz empfiehlt, auf dem beschrittenen Wege des Abschlusses von Lieferungsverträgen fortzuschreiten. Ein behördliches Eingreifen in die Lieferung und Preisbildung sei zurzeit nicht erforderlich. (?? Red.)

Auf dem Gebiete der Brotversorgung muß die Umlage in ihrer gelegentlichen Höhe durchgeführt werden. Der Preis für das Umlagegetreide müsse der Geldentwertung und der

jetigen Produktionskosten Rechnung tragen. Das Verbot der Verfüllung von Brotgetreide ist zu übermessen. Weiter sprach sich die Konferenz für die Unterfütterung der Sozial- und Kleinrentner aus. Die Ausgestaltung der Kinderfreistellungen, der öffentlichen Einrichtungen und die Abgabe von Lebensmitteln an besonders Bedürftige müsse geprüft werden.

Die neuen Beamten- und Arbeiterlöhne.

SPD. Die am 4. September zwischen den beteiligten Gewerkschaften und der Regierung geführten Verhandlungen bringen den Beamten eine Erhöhung der Bezüge gegenüber dem August um rund 30 Prozent. Weiter gelang es auch diesmal nicht, den Kopfschlag zu erhöhen. Der prozentuale Teuerungszuschlag fiel nach der neuesten Regelung von 305 um 132 auf 487 Proz. Für die ersten 10 000 Mark Grundgehalt und Orisgutslohn werden 492 Proz. gezahlt. Der Teuerungszuschlag zu den Kinderzulagen erhöht sich ebenfalls um 132 auf 437 Proz. Die Zulage bringt dem als Stützmann in Betracht kommenden Beamten der Besoldungsgruppe 3 Stufe 3 in Ortsklasse A ein Mehr von monatlich 224 Mk., dem Verheirateten mit einem Kind unter den gleichen Voraussetzungen 273 Mk. Die Verhandlungen über die Arbeiterlöhne begannen Dienstag. Die Gewerkschaften haben sich vorbehalten für den Fall, daß die Preissteigerungen in dem gleichen Maß sich fortsetzen, neue Verhandlungen nachzugehen. — Das Reichsstatistik hat der Erhöhung der Bezüge bereits zugestimmt.

Die Neuregelung der Löhne für die Arbeiter bei der Reichsverwaltung und den Reichsbetrieben für September ist heute mit den Gewerkschaften vereinbart worden. Die Lohnsteigerung beträgt bei mehr als 24jährigen Arbeitern im

allgemeinen in der Ortsklasse A 12 Mk. die Stunde, bei mehr als 24jährigen Arbeiterinnen derselben Ortsklasse 7,90 Mk. — Kabinett und Reichsrat erteilten den mit den Spitzenorganisationen vereinbarten Teuerungszuschlägen ihre Zustimmung.

Im Ueberwachungsausschuß wurde u. a. die Beileistung von Mitteln zur Unterstützung von Kleinrentnern besprochen. Die Regierung erklärt, daß sie die ursprünglich eingelegte Summe von 500 Millionen Mark auf eine Milliarde erhöht habe. Es wurde folgender Antrag angenommen: Die zugunsten der Kleinrentner neu in Aussicht genommene Summe ist mit größter Beschleunigung zur Auszahlung zu bringen. An Stelle des Grundsatzes der Bedürftigkeit den Grundsatze der tatsächlichen Bedürfnisse zu setzen, wurde von der Mehrheit des Ausschusses abgelehnt.

Der türkische Sieg in Kleinasien.

III. Paris, 5. September.

Der türkische Vormarsch dauert an der ganzen Front an. Die griechischen Kruppen ziehen sich kampflos zurück. Der letzte Heeresbericht der Angoraregierung meldet bereits die Einnahme von Bursa an. Einer Reutermeldung zufolge soll die englische Regierung sich bereits mit den Regierungen von Paris und Rom in Verbindung gesetzt haben, um einen Waffenstillstand zwischen Griechen und Türken herbeizuführen.

Havas meldet aus Angora unter dem 4. September: Im Gebiet von Eskishehir seien ungefähr 200 Geflügel erbeutet worden. Der Fall der Stadt Uşak bestatigte sich, die Verluste der Griechen würden auf etwa 12000 Mann geschätzt, nämlich auf 5000 in der Schlacht bei Afium Karahissar, 5000 Mann in der Schlacht bei Eskishehir, der Rest bei anderen Angriffen.

Der Sprung in die Welt.

Ein Jung-Arbeiter-Roman von Artur Zidler.

(Kriegsdruck verboten.)

Der Herr Zimmer sprach sich seinen Knechtchen und sagte: „Geh' ins Bett, die Armen; denn das Himmelreich ist ihnen, und selig sind die Sanftmütigen; denn sie werden das Erreich besitzen. Wenn man sie nicht eingekerkert hat auf unserer Lebensbahn. Damit wollen wir für heute schließen.“

Die Jungen erhoben sich und strömten aus der Schürze ins Freie. Da rief der Herr Zimmer einen von ihnen zurück. Rudi Sonntag nahm die Mühe, die er eben aufs Ohr gefühlte hatte, wieder ab. „Wenn du den Hans Diederich triffst, so sag ihm, daß ich mit ihm Schwänzen nicht gefallen lasse. Wir haben noch vier Stunden vor der Konfirmation, wenn er die nicht einhält, werde ich ihn nicht konfirmieren — und damit basta. Sag ihm das!“ Rudi machte einen unbeholfenen Diener und ging. Zimmer wartete eine Schat von sechs Jungen. Sie waren neugierig. „Was ist los?“

„Diederich ist ein Was“, sagte Rudi. „Schneider will ihn nicht konfirmieren, weil er nicht kommt, wenn Gottes Wort hingelagt wird. Ich habe Hans heute vormittag gesagt, daß es Krach gibt, aber er meinte, er sei kein Freund von Diederich und ist heute nachmittag mit seiner Bande in die Heide gezogen, um den Leuten Mord zu tun.“

„Sie liegen an den Weisgärten entlang. Es war ein außerordentliches Ereignis. Jettis hat heute den weißen Horizont. „Hallo“, rief er, „ich weiß, dort kommen die Mordhauer.“ Eine schwarze Schär kam den Feldweg herauf, Jettis und Mordhauer, mit ihrem bestmöglichen Gepäcke und bestem Gehung. Sie waren mit Fingerringen und Knöpfen ausgestattet; ihr Hauptstück war ein Korbmantel aus Kuhhaaren. Beim Anblick der Programmblätter riefen sie den Kriegern aus.

„Hallo Diederich! Hast du die Luft an?“ rief Rudi und ging auf den Humpel zu.

„Hallo“, antwortete Diederich und seine Zähne blühten aus dem Mund heraus. „Was ist der Mordhauer?“

„Hast er den Diederichs Namen auf dem Kopf?“

Hans sah wieder europäisch aus. Er rief sich mit dem Hand- und ab und sagte zu Rudi, der auf dem Sofa lag: „Brenn die Lampe an, wir wollen den Carnegie lesen. Wir sind kaum in der Hälfte des Buches, bald ist Schluss, und du weißt doch, wir wollen Millionen werden. Ich halte dafür, wenn wir es genau so machen wie Carnegie, muß uns das gelingen. Mein Alter hat immer: „Aus dir wird nichts, halbesau!“ und ich will ihn das Maul mit Geld stopfen.“

Rudi stellte sich auf dem Sofa: „Als mir ist gerade so stimmungsvoll. Mit dem Carnegie warten wir noch ein Weilchen und das Willkommenswort hat auch Zeit. Hoch mal, die Luft ist frisch!“ Von unten ertönte ein Geiergeschrei. „The Stars and Stripes“ hanti. Hans setzte sich aufs Sofa und trommelte an der Seite den Rhythmus zur Melodie. Vom Trodenplatz, der den Haus gegenüberlag, strömte die Lampe der Luft- und der Sonne herauf, deren Gondeln sich munter schlangen. Hans betete es mit der Schürze. „Rudi, hast du Geld?“

„Ich habe dreißig Pfennig vom Kaufmann fürs Kartoffel-Messing bekommen.“

„Das kommt ja. Ich habe noch zehn. Auf, laß uns das verpacken.“ Sie führten die Treppe hinunter, vier Stufen auf einmal. In der Schenke trafen sie eine Menge Bekannte, darunter einige Mordhauer gleichen Alters, die ihre Augen machten, um mit in die Gondeln zu kommen. Die beiden legten ihr Vermögen in Schenkeln an, nachdem jeder ein Mordhauer mit in die Schenke und weiter, wer zuerst oben sei. Die Lampen schlangen und der Sternhimmel bäumte sich über ihnen, der Leierkasten sang Fröhlichkeit und lächelte ins Blau, die Geflügel der Mordhauer waren heiß und nah, Haare und Kleider flogen.

Als die Mordhauer alle waren, lösten Hans und Rudi zeitweilig den alten Schenke, um die Luft zu genießen, an der Drehorgel ab und erwarteten sich damit Freizeiten, bis ein gewaltiger Appetit sie nach Hause trieb.

II.

Es hatten eine Reihe Gelegenheiten erjagt, Geld zu verdienen, die ihnen nicht nur gelüchten, ihnen Wäutern zeitweilig unter die Arme zu greifen, sondern ihnen auch die Möglichkeit geben, sich kleine Vergnügungen zu verschaffen, ohne die ihnen das Leben zu langweilig gemacht wäre. So besorgten sie in den Nachmittagsstunden Besorgungen, die sie mit einer Gewandigkeit erledigten, die bei ihren Auftraggebern hoch geschätzt wurde. Als Anreiz zu diesen Verrichtungen hatten sie alle Kinderwagen in Benutzung, die beim Mordhauer für einen Betrag zu erfragen waren und sogar auf Gummi liefen. Durch

die Rabe eines solchen Rades wurde ein Holzstod getrieben, gekent wurde mit einer Latte — und das leicht vorantreibende Rad half, besonders auf dem Nippel, weite Strecken mit viel weniger Mühe als ohne diesen Schrittmacher überwinden.

Am Sonnabend nachmittag um drei Uhr traf sich die Fußballbande auf dem Exerzierplatz. Mit Ziegelsteinen wurden die Tore markiert, eine bereits ang ramponte „Mum“, wie der Fußball genannt wurde, hies man mit vereinter Lungenkraft prall auf und rempelte dann drei Stunden lang mit Feuerwerk ein Goal nach dem andern, wenn die arme Mum nicht vorzeitig ihre getretene Gummiseele aushauchte.

Wäutlich um sechs Uhr wurde das Wettspiel abgetrieben, Badegelen wurden aus den Taschen gefaßt und alles lief zum „Germaniabad“. Das war ein großes Schwimmbassin der Vorstadt und an diesem Tage um diese Zeit so überfüllt, daß die nackten Leiber nur so durcheinander quaddelten. Man drängte sich unter den Duschern, die, sechs an der Zahl, Wasserströme verschiedener Wärmegrade niederstrahlten und führte sich dann von den Wippen herab in das kühle Bassinwasser, wo es am tiefsten war. Sich in der Abteilung für Nichtschwimmer zu ergehen, galt als verächtlich und eines ausgepöbelten Vorstadtjungen unwürdig — lieber einmal beinahe erlaufen! Nur die Dreimeterwippe galt als standesgemäß, trotzdem oder gerade weil sie ihre Läden hatte. Hans war der erste Sprung vom höchsten Brett noch in schmerzlicher Erinnerung. Wenn man nämlich nicht kentrecht in die Wasserfläche stieß, sondern mit dem Bauch aufschlug, erlebte man eine grimmige Ueberraschung; Hansens Knechtchen schimmerte damals drei Tage lang in den schönsten Regenbogenfarben, aber den Hochsprung hat er seither habellos heraus. Auch andere Reforbs wurden aufgestellt, man wettebe, wer am längsten unter Wasser bleiben könne, und ein unbeschäftigter Schiedsrichter packte auf, daß seiner „Vorlauf“ halte.

Gegen zehn Uhr brachen die beiden Freunde auf und gingen zum Zeitungshaus, wo sie bei der Expedition der am Mittwoch gedruckten Sonntagsausgabe des Generalanzeigers als Helfer tätig waren. Diese Arbeit machte ihnen den meisten Spaß. Der Betrieb begann manchmal erst später, als er angelegt war, dann veranfaßten die Zeitungsführer Radrennen um den Häuserblock, bis die Lampen in Rotationsmaschinenform in voller Helle aufkamen und die letzten Meisterei in die Druckriesen gehoben wurden. Die Maschinenmeister brachten die Schallhebel hoch, die Motore begannen zu singen und bald verstand man im Gestrüß der Kolosse sein eigenes Wort nicht mehr. Die Zeitungshaus häuften sich und die Jungen schleppten die Rollen zum Aufzug. Im Regenrauen tappten die Fremde handsmüde ihren Betten zu.

(Fortsetzung folgt.)

26. Deutscher Ortskrankentag.

SPD. Karlsruhe, 3. September.

Im Festhalle-Saal zu Karlsruhe wurde am Sonntag die von allen Teilen Deutschlands, auch dem Saargebiet, sowie den abgetrennten Gebieten Danzig und Oberschlesien beschickte 26. Jahresversammlung des Hauptverbandes deutscher Ortskrankentassen eröffnet. Anwesend sind 1200 Delegierte, die über 500 Ortskrankentassen vertreten.

Der Verbandsvorsitzende Frähdorf begrüßt die anwesenden Delegierten und weist unter Betonung der Schuldsolidarität des jetzt sich selbst regierenden deutschen Volkes am Kriege darauf hin, wie sehr durch die Entwicklung der Wirtschaftskrisis das Volksleben und die Krankenversicherung gefährdet wird. Die Krankentassen sind an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt. Wenn ihnen neue Lasten auferlegt werden, müssen ihnen entsprechende Mittel zur Verfügung gestellt werden. Wir verlangen, daß uns in diesen schwierigen Zeiten die Hände freigegeben werden, um rasche Maßnahmen treffen zu können. Gerade in dieser Richtung liegt der Schwerpunkt der Tagung. Weiter müssen wir die Forderung der Zentralisation der Krankentassen erheben. Wir müssen uns mit Schärfe gegen den Separatismus unter den Krankentassen, vor allem gegen die Ersatzkassen, wenden. Hier muß der Reichstag das Interesse der Ortskrankentassen wahrnehmen. Wir fordern die restlose Beseitigung der Ersatzkassen. Vor allem muß es den Krankentassen freigegeben werden, ob sie die ärztliche Hilfe in natura oder in Verleistung gewährleisten wollen. Wir verkennen nicht, daß diese Frage schwierig ist, aber es handelt sich hier um eine Notwendigkeit. Hierdurch wird ein existenzielles Verhältnis zu den Ärzten herbeigeführt. Im Vordergrund steht der Zwang, die deutschen Krankentassen durch die Maßnahmen dieser Zeit zu bringen, wobei wir unsere Hoffnung auf die kommende Reichstags-tagung setzen.

Geschäftsführer Lehmann-Dresden gibt den Geschäftsbericht, wobei er eingangs erklärt, daß der Zusammenbruch der Krankentassen in eine große Organisation eine Lebensfrage darstellt. Die Heilmittelvertriebsgesellschaft hat eine ganz außerordentliche Entwicklung angenommen. Der Hauptverband ist der Ansicht, auch der weiteren wirtschaftlichen Tätigkeit der Krankentassen Aufmerksamkeit zuwenden zu müssen. Auch dem Arzneimarkt ist größte Beachtung zu schenken. Neben der Prüfungsstelle für Arzneirechnungen ist eine solche für Arzneiverordnungen zu errichten. Die Forderung einer einheitlichen Gebührenordnung für die Ärzte scheint weitgehend begun, ganz in Erfüllung zu gehen. Schwierigkeiten bestehen bei Verhandlungen mit den wirtschaftlichen Verbänden der Zahnärzte. Notwendig ist, daß sich die Kassen erneut damit befassen, Vereinbarungen über gemeinsame Abkommen zu treffen. Mit besonderem Nachdruck müssen wir verlangen, daß nicht die Krankentassen zum Padesel aller sozialen Lasten gemacht werden. Wir müssen uns dagegen wenden, daß ihr die wertvollsten Risiken weggenommen werden. Wir können keine Zerplitterung der Krankentassen im Augenblick brauchen, in dem sie sich kaum mehr am Leben erhalten können. Die Novelle zur Reichsversicherungsordnung läßt eine Reihe von uns geäußerten Wünschen vermissen. Wir haben in dieser Hinsicht zahlreiche Anregungen gegeben, mit denen sich der Reichstag befassen muß. Die Vergütung für die Einziehung der Sozialversicherungsgebühren ist so niedrig, daß sie vernichtet werden mußten. Die Landesversicherungsanstalten sollten den Krankentassen eine andere Behandlung zuteil werden lassen. Die bisherige Behandlung lassen wir uns nicht mehr weiter gefallen. Den Krankentassen muß infolge der Geldentwertung der letzten Wochen die Möglichkeit gegeben werden, ihre Einnahmen entsprechend zu erhöhen. Die Ausgaben für Sachleistungen haben sich gewaltig gesteigert. Dagegen sind die Krankengelder viel zu niedrig. Wenn sich die Versicherer über die zu niedrigen Leistungen der Krankentassen an Krankengeld beklagen, so ist darauf hinzuweisen, daß dies nicht Schuld der Krankentassen ist, sondern einer verfehlten Gesetzgebung. Es muß die sofortige Möglichkeit einer Beitragserhöhung gegeben werden, weil sonst eine Katastrophe droht. Ein Höchstmaß des Grundlohns mit 180 Mark genügt nicht mehr. Wird nicht sofort eingeschritten, so stehen viele Kassen vor der Gefahr schließ zu müssen. Die Höchstgrenze sollte überhaupt beseitigt werden. Weiter ist die Erhöhung der Versicherungsgebühren für Angestellte notwendig. Wichtig ist auch die Krankenhausfrage. Die Krankenhaus-Verlegungsfrage übersteigen heute die Ausgaben für ärztliche Behandlung, weshalb sich die Kassen mit dieser Frage gründlich befassen müssen. Den Krankentassen muß Gelegenheit gegeben werden, die Ausgaben der Krankenhausverwaltung nachzuprüfen. Die Stadtverwaltungen haben die Pflicht, die Krankenhäuser zu unterhalten und sind nicht berechtigt, diese Lasten den Krankentassen aufzubürden. Bezüglich der Entschädigungsfragen ist man gegenüber den Beratungen im Zentralverband der Angestellten zu der Auffassung gekommen, daß eine bezirkliche Regelung einer zentralen Regelung vorzuziehen ist. — Die Aussprache bewegte sich im Sinne des Referenten.

Prof. Dr. Witz-Erlangen hielt einen Vortrag über die Kontingenztherapie, die in den Dienst von Volk und Staat zu stellen sei.

Ueber die Lage der Sozialversicherung machte Präsident Dr. Kaufmann vom Reichsversicherungsamt bemerkenswerte Ausführungen. Zwischen dem gewaltig vermehrten Fürsorgebedürfnis und den immer knapper werdenden Mitteln zu seiner Befriedigung müßte ein Ausgleich gefunden werden. Während für eine Neuordnung des materiellen Versicherungsrechtes manche Voraussetzungen ersichtlichweise erfüllt wurden, blieben wir bezüglich der unstrukturierten Organisationsfragen immer noch in theoretischen Erwägungen stehen. Um zu einer wirklich zeitgemäßen neuen Reichsversicherungsordnung zu kommen, müßten in erster Linie die Versicherungsträger selbst die Initiative ergreifen. Diese bedeutende Arbeit müßte er Arbeitsgemeinschaften der Versicherungsträger anvertraut werden. Diese könnten am ehesten durch praktische, den tatsächlichen Verhältnissen und Bedürfnissen angepaßte Vorkehrungen die geeignete Form für eine planvolle wirtschaftliche Zusammenarbeit der Versicherungsträger und für die dementsprechende einfachste und billigste Art der Organisation finden. Bei Lösung dieser Aufgaben würden den mit den breiten Schichten der Bevölkerung eng verbundenen und von ihrem besonderen Vertrauen getragenen Krankentassen eine maßgebende Mitwirkung zufallen.

Der 17. Deutsche Mietertag

wurde dieser Tage in Kassel abgehalten. Vertreter staatlicher und städtischer Behörden waren in großer Zahl erschienen. Nach der Eröffnung der Tagung durch den Vorsitzenden Herrmann begrüßte Ministerialrat Dr. Brandis als Vertreter des Reichsfinanzministers Kadbruch den Kongress. Ihm folgt Ministerialrat Herdenreich von der thüringischen Regierung. Namens der Sozialdemokratischen Partei und des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes sprach Reichstagsabgeordneter Silber Schmidt, für die Unabhängigen Reichstagsabgeordneter Kuhn und für die Demokraten Abgeordneter Kumpel.

Den Geschäftsbericht erstattete der Vorsitzende Herrmann. In großen Zügen behandelte er die Förderung der Wohnkultur, das Mietesystem der Großstädte und forderte zum Schluß angesichts der sich auftürmenden Widerstände einen Reichswohnungskommissar, der mit weitgehenden Vollmachten ausgestattet werden muß. Nachdem die Hausbesitzer in München einen festen Block geschlossen, müßten die Mietervereine mit den Gewerkschaften ein Säus- und Trübündnis bilden.

Rechtsanwalt Dr. Groß sprach über das Reichsmietengesetz mit seinen 17 verschiedenen Ausführungsbestimmungen, sowie über das kommende Mieterschutzgesetz, zu dem der

Referent einen ausführlichen Gesetzentwurf ausgearbeitet hat, der die Wünsche und Forderungen der Mieterenschaft umfaßt, insbesondere bei Kündigung, Prozeßverfahren, Mietereinigensämter, Beschwerdewesen usw.

Ueber Wohnungspolitik in den Gemeinden referierte Stadtrat Dr. Schroer-Jena. Als Voraussetzung einer planmäßigen Bewirtschaftung des Wohn- und Gewerbaumes durch die Gemeinden forderte er: vollkommenen Wohnungskataster; genaue Nachweisung der Wohnungszugewandten nach Dringlichkeitsgruppen; statistische Beobachtung der Bevölkerungsbewegung; unbeständige Einweisungskommission, in der neben Vertretern von Gemeindevorstand und Stadtvorordnetenversammlung auch Mieter- und Vermieterorganisation (auch Wohnungslose) Delegierte sitzen haben. Eine „Ablösung“ der Beschlagnahme dürfte nur zugelassen werden, wenn die Ablosungsumme die sofortige Erteilung gleichwertiger Wohnräume ermöglichte. Zwangsäumung der Schwarzmieter sei rücksichtslos durchzuführen. Weitere wohnungspolitische Aufgaben der Gemeinden müßten darin bestehen, daß die Bauaktivität der Baugewerkschaften mehr gefördert und Dachgeschosse ausgebaut werden. Er forderte weiter Wohnungspflege unter Mithilfe einer Landeswohnungsinpektion, Freimachung von Wohnungen durch Zusammenlegung von Haushaltungen unter Gewährung von Prämien oder doch wenigstens Umzugsentschädigung. Stillliegende Ziegeleien müßten enteignet werden, ebenso Zementfabriken, Gipsmühlen usw., die ihrer ursprünglichen Zweckbestimmung entzogen werden. Schließlich wäre eine feste Fühlungnahme der Wohnungsämter mit Mieter- und Vermieterorganisation und laufende Information der Tagespresse sehr erwünscht.

Am zweiten Verhandlungstag sprach Ingenieur Dr. Wagner-Berlin über „Das deutsche Wohnungsprogramm“. Einleitend stellt er fest, daß bereits vor dem Kriege das Privatkapital nicht Wohnungen nach Bedarf, sondern nach Maßgabe erzielbarer Gewinne herstellte. Die Wohnungswirtschaft im Wohnungswesen hat im Verein mit der gemeinnützigen Bauaktivität, der Kontrolle des Baugewerbes durch die öffentlichen Organe und die sozialen Baubetriebe den Erfolg gehabt, daß die Baupreise für neue Wohnungen trotz Baustoffwucher und Kartellwirtschaft bis zum August dieses Jahres nur auf das 100fache, im Gegensatz zur 20fachen Steigerung der anderen Bedarfsgüter, stiegen. Alle bürokratischen Beschränkungen, die heute noch der Neubauaktivität entgegenwirken, müssen beseitigt werden. Die deutsche Mieterenschaft müsse von der Reichsregierung verlangen, daß sie erstens dem Wohnungsbau bis zur endgültigen Neuverteilung der Wohnungsabgabe hinreichendes Kapital auf dem Wege eines schnell flüssig zu machenden Reichskredits zur Verfügung stellt; zweitens die auf dem Raumarkt tätigen gemeinnützigen Organe zu einem Konsumbündnis zusammenschließt, der der Auswanderung der gemeinnützigen Verbraucher durch Syndikate und Kartelle entgegenzutreten hat; drittens zur Entlastung der städtischen und großstädtischen Wohnungsnot die landlichen Gemeinden mit 2000 Einwohnern veranlaßt, mindestens eine Kleinwohnung aus eigenen Mitteln zu erbauen. Zum Schluß verlangt Wagner, daß die Bauarbeiter, genau wie die Bergarbeiter, Ueberstunden machen sollen.

In der Diskussion stieß der Vorschlag der Ueberstunden auf lebhaften Widerspruch. Im allgemeinen war man sich darüber klar, daß man unbedingt Einfluß auf die Preisgestaltung der Baustoffprodukte gewinnen müsse, wenn die Wohnungsabgabe nicht in der Tasche der Kapitalisten verschwinden soll.

Besteuerung der Schlemmerel.

Das Preussische Ministerium des Innern veröffentlicht den Wortlaut seiner neuesten Verfügung zur Bekämpfung der Schlemmerel. Der übermäßige Verzehr in Gasthäusern, Döhlen, Bars usw. soll in den einzelnen Ortsgemeinden durch eine gepäffelte Steuer erfaßt werden. Es wird vor allem den Städten mit über 100 000 Einwohnern die Einführung einer indirekten Gemeindesteuer auf die Schlemmerel empfohlen. Im Hinblick an die Verordnung wird ein Aufruf zu einer solchen kommunalen Steuerordnung überreicht. Die Steuer beträgt, wenn die Rechnung für eine einmalige Bewirtung und für eine Person den Höchstbetrag, den die verschiedenen Gemeinden beschließen festsetzen können,

- a) um ein Viertel oder weniger übersteigt, 50 %;
- b) um mehr als ein Viertel bis zur Hälfte übersteigt, 75 %;
- c) um mehr als die Hälfte übersteigt, 100 % des übersteigenden Betrages.

Der Gastwirt haftet für den Eingang der Steuer. Steuerhinterziehung wird mit dem vier- bis zehnfachen Betrag der erfolgten oder beabsichtigten Verletzung bestraft.

Agrarische Spiegelfechter.

SPD. Gegenwärtig werden in ganz Deutschland die Betriebsräte und die Belegschaften der Gutshöfe von den Arbeitgebern oder deren Beauftragten fortgesetzt aufgefordert, Eingaben an die Behörden zu unterzeichnen, die darauf verweisen, daß der Umlagepreis für das erste Drittel der Getreideumlage nachträglich unbedingt erhöht werden muß, da sonst Lohnsenkungen für die Landarbeiter nicht bewilligt werden könnten. In einer Eingabe der Vereinigung der landwirtschaftlichen Arbeitgeberverbände Thüringens an das Reichsernährungsministerium in Berlin vom 25. August 1922 sucht man mit dem gleichen Köder Eindruck zu erwecken. In der Eingabe heißt es u. a.:

„Wenig eine derartige Forderung (gemeint ist damit eine Erhöhung des Getreidepreises für das erste Drittel der Umlage) stattgefunden hat, können die landwirtschaftlichen Arbeitgeber keine endgültige Stellung zu den Lohnforderungen der Arbeitnehmer nehmen, und solange dies nicht geschehen kann, bleibt die Beunruhigung auf beiden Seiten.“

Einmal sucht man also die Regierung zu Maßnahmen gegen die heunruhigten Landarbeiter zu veranlassen, und jetzt dreht man den Spieß um und heßt die Landarbeiterschaft gegen die Regierung auf. Wirklich ein Doppelspiel, das den Landarbeitern zeigen muß, wie sie sich gegenüber ihren Arbeitgebern bei Aufforderungen obengenannter Art zu verhalten haben.

Lübecker Gewerbeaufsichtsamts.

Schluß. Schuß der Arbeiter vor Gefahren. Betriebsunfälle.

Es wurden aus den der Gewerbeaufsicht unterstellten gewerblichen Betrieben im ganzen 1282 Unfälle, davon 57 schwere und 3 tödliche, bekannt. Die Zahl der Unfälle im Verhältnis zur Gesamtzahl der beschäftigten Arbeiter ist von 6,83 % 1920 auf 7,91 % im Berichtsjahre gestiegen. Wie in den Vorjahren bestrafen die meisten Unfälle Verletzungen durch Splitter, Riß- und Schnittwunden, die im Betriebe bei der Arbeit unvermeidbar sind und gegen die ein Unfallschutz kaum möglich ist.

Eine Mitarbeit der Arbeitnehmer bei der Durchführung der Maßnahmen zur Unfallverhütung tritt bei einigen Großbetrieben hervor, wofür bei Betriebsratsmitgliedern bei den Beschäftigten Anregungen zu besonderen Anordnungen gegeben worden sind. Auf einigen Schiffswerften sind Unfallkommissionen von den Arbeitern gebildet worden, die den Gerüstbau und die Schutzvorrichtungen ständig zu beaufsichtigen haben. Trotzdem kommt es öfter vor, daß die Arbeiter die erforderlichen Schutzmaßnahmen zur Verhütung von Unfällen nicht beachten. Der Betriebsrat einer Fabrik hat den Unfall besonderer Anweisungen

für den Gerüstbau an und in Schiffen für erforderlich, weil in den vorhandenen Unfallverhütungsvorschriften eingehende Angaben darüber nicht vorhanden sind. In einem Betriebe weigerten sich die Arbeiter, eine Kreisfrage mit zwei Sägeblättern, die mit den erforderlichen Schutzvorrichtungen versehen war, zu bedienen, weil die Anordnung zur Erhöhung der Arbeitsleistung getroffen war.

Gesundheitschädliche Einflüsse.

Auf die Beseitigung des bei vielen Arbeitern entstehenden Staubes würde besonders besondere Aufmerksamkeit gerichtet. In den neu entstandenen Kohlenzeiterfabriken, wo die Arbeiter hauptsächlich durch die Einwirkung des Pechtaubes gefährdet sind, wurde für möglichst staubdichte Einpackung der Pechmühlen und Mischmaschinen gesorgt. Auch wurden die Werkleitungen veranlaßt, darauf hinzuwirken, daß die vorhandenen Baderichtungen von den Bleifarbeitsern täglich nach Schluß der Arbeit benutzt werden.

In einigen Betrieben waren die Wohlfahrtseinrichtungen, wie Umkleide- und Waschräume, Kleiderablagen, vermehrt und verbessert. Meist sind diese Anlagen bei den ausgeführten Erweiterungen mit berücksichtigt worden. Man findet jedoch noch recht oft, daß trotz vorhandener Umkleideräume die Kleiderstücke in der Nähe der Arbeitsstelle aufbewahrt werden.

Die Aufenthalts- und Speiseräume werden nur in Betrieben mit längerer Mittagspause benutzt, dagegen wird bei den kurzen Unterbrechungen nach der vierten Arbeitsstunde das Brot meist an der Arbeitsstelle verzehrt.

Die Betriebsärzte bringen in den größeren Betrieben der Beseitigung und Verhütung gesundheitschädlicher Einflüsse oft lebhaftes Interesse entgegen und haben bei den Besichtigungen der Betriebe manche Mängel und berechtigten Wünsche der Arbeiter zur Sprache gebracht.

Wohnungsverhältnisse und ästhetische Zustände.

Zur Beseitigung der Wohnungsnot sind seitens der Industrie besondere Leistungen zu verzeichnen. Das Hochfenwerk hat im Anschluß an seine schon bestehende Siedlung für Werksarbeiter weitere elf neue Gruppenhäuser mit zusammen 58 Wohnungen erbaut. Zu den zweigeschossigen Wohnungen gehört ein kleiner Stall und dahinter etwas Gartenland, wozu dem Wohnungsinhaber noch Land zum Kartoffelbau an anderer Stelle zur Verfügung gestellt wird. Das Fiederwerk hat auf dem vom Staat erworbenen Gelände 22 Einzel- und Gruppenwohnhäuser mit zusammen 60 Wohnungen neu geschaffen. Das Traxewerk baut ein Reihenhäuser mit acht Wohnungen und zwei Beamtenwohnhäuser mit vier größeren Wohnungen.

Insgesamt sind 1921/22 neue Wohngebäude mit 307 Wohnungen entstanden; 16 Neubauten wurden vom Staat, 103 von industriellen Betrieben und 10 von gemeinnützigen Bauvereinen errichtet. Durch Teilung, Um- und Ausbau wurden ferner noch 350 Wohnungen hergestellt und 41 wieder beseitigt. Es sind damit im ganzen 238 Häuser mit 616 Wohnungen in Zugang gekommen.

An staatlichen Mitteln wurden für Neubauten und Kosten für die staatlichen Kleinwohnungen bisher zusammen 10 250 000 Mark und für den Einbau von Mietwohnungen 2 100 000 Mark bewilligt und zum größten Teil aufgewandt.

Seit der Einführung des Achtstundentages hat die Arbeitsverfugung insofern günstig gewirkt, als dadurch und gleichzeitig infolge der hohen Kosten für alle wichtigen Nahrungsmittel die Bestrebungen zu Kleinmietungen und Gartenarbeit eine erhebliche Förderung erfahren haben.

Auch auf die Beteiligung der werktätigen Bevölkerung an den Vorlesungen der Volkshochschule sowie bei den verschiedenen Sportvereinigungen hat der Achtstundentag fördernd gewirkt.

Fürsorge für Verletzte, Kranke, Genesende und -bergl.

Die Unterbringung Kriegsbeschädigter in ihren früheren Betrieben machte weiterhin keine Schwierigkeiten. Nach Angabe der Fürsorgestelle für Kriegsverletzte sind im Durchschnitt 10 Personen beschäftigt worden. Bei den Betriebsbeschäftigten war festzustellen, daß die Mehrzahl der Kriegsbeschädigten in den Betrieben der Metallindustrie beschäftigt wurden, und Arbeit verrichteten, die ihrem körperlichen Zustand zusagte.

Eine Schiffswerft hat aus Anlaß der Einweihungsfeier dem Unterfiskusfonds für die Arbeiter 100 000 Mark überwiesen.

Zur schnelleren Ueberführung Unfallverletzter in das Krankenhaus ist von einem Betrieb ein Krankenautomobil beschafft worden.

Um die meist durch den Lohnarzt geregelte Gewährung von Urlaub möglichst ohne Störung durchzuführen, wird in einigen Anlagen der Betrieb für sechs Tage vollständig stillgelegt. In dieser Zeit werden dann die Inventurarbeiten miterledigt.

Volkswirtschaft.

Wiedmärkte.

Hamburg, 5. September.

Von der Landwirtschaftskammer für die Provinz Schleswig-Holstein, Geschäftsstelle am Hamburger Schlachtviehmarkt, wird mitgeteilt:

Rälbermarkt.

Es wurde gezahlt für 50 Kg. Lebendgewicht: Doppellenber 9000—10 000 M., feinste Mastälber 7500—8500 M., mittlere Mastälber 6200—7200 M., geringere Rälber 4500—5500 M., nuchterne Rälber 5000—6000 M., Zufuhr: 1260 Rälber.

Schweinemarkt.

Es wurde gezahlt für 50 Kg. Lebendgewicht: Beste Fett-schweine über 250 Pf. 12 000—13 000 M., mittlere Schweine über 320 Pf. 11 000—11 900 M., gute leichte Ware von 180—220 Pf. 10 000—10 900 M., geringere Ware 7500—9500 M., beste Sauen 10 500—11 500 M., geringere Sauen 8000—10 000 M., Zufuhr: 3240 Stück. Das Geschäft mit Schweinen verlief sehr flau, die Preise mußten erheblich nachgeben. Der Rälberhandel war mäßig reg.

Devisen-Kurse.

Berlin, 6. September.

Amliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	5. Septbr.	4. Septbr.
Amsterdam	100 fl.	56429.35
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	10561.75
Kopenhagen	100 Kr.	23970.—
Köpenhagen	100 Kr.	30961.25
Stockholm	100 Kr.	33152.25
Helsingfors	100 finn. Mk.	3176.—
Rom	100 Lire	6242.15
London	1 £	6516.80
New York	1 Doll.	1423.21
Paris	100 Frs.	11196.05
Zürich	100 Frs.	27215.90
Madrid	100 Pesetas	22071.25
Wien	100 K.	1.88
Prag	100 K.	5113.55
Budapest	100 K.	62.92

Verantwortlich für Politik, Volkswirtschaft und Feuilleton i. B.: Hermann Bauer; für den übrigen Teil: August Schulz; für Inserate: Heinrich Steinhilber. Verleger: Heinrich Steinhilber. Druck von Friedrich Weyers & Co., Kämpfing-im-Lübeck.

Hotels, Restaurants, Cafes, Vergnügungen

Hotel Viktoria Fernruf 452.
Gegenüber dem Bahnhof.

Hotel International Neues Haus
am Bahnhof. Fernruf 707 und 789.

Hotel Stadt Hamburg
Weinrestaurant. Von 8 Uhr an Künstlerkonzert.

Gewerkschaftshaus Johannisstraße.
Fernruf 225. Verkehrslokal der sämtlichen Gewerkschaften.

C. Hanschens Restaurant, F. 8636. Weiter
Krambuden 7. Tägl. musikalische Unterhaltung.
Mittagstisch 12-2. Abendstisch 6-9. Fremdenzimmer.

**Restaurant und Café zum Deutschen
Mäuser**, Inh. Aug. Bräck Wwe. Königstraße 41.
Fernsprecher 581. Gute Küche. Strßbahnlinie 3.

Theater-Restaurant u. Café
Fühlhausen 17/19. Bürgerlicher Mittagstisch.

Bodega Weinstuben, F. 8986. Fleischhauer-
straße 14. Inh. H. Griesenberg. Gemütlich, Aufenthalt.

Rathaushalle Tägl. von 5-1 Uhr
Künstlerkonzert.
Billards. W. Bruhn.

Stadthallen - Weißer Saal
Jeden Sonntag: Vornehmes Tanzkränzchen.
Anfang 5 Uhr.

Stadt-Café Holsienstraße 17.
Täglich Künstler-Konzert.
Paul Ferck.

Café Viktoria Täglich Konzert.
Mühlenbrücke 1.

„Opera“ 8 Uhr abends.

Café Roland Tägl. Künstler-Konzert

Café Bernhardt Fackenburg
Allée 9.
Täglich abends Unterhaltungsmusik.

Hansa-Café Inh. G. Spieker Wwe.
Vornehmes Familien-Café. Künstler-Konzert.

Neues Lichtspiel-Theater
Fernruf 8693. Breite Straße 13.
Erste und vornehmste Lichtbildbühne.
Jeden Freitag stets das Neueste und von diesem
nur die auserwähltesten Programme.
Anfang 4 Uhr. Schluß 11 Uhr.

Tuscolium Fischstraße 4. Bar m. Wein-
stuben. Dezent Musik.

Gerhard Tschorn Speisekasino.
Johannisstr. 3

Julius Stammer Konditorei - Kaffee.
Lindenstraße 1b.

Mödermanns Konditorei
Täglich Konzert.

Uhren, Goldwaren und Musik

C. Porté Goldschmiedemeister.
Fabrikation u. Verkauf ingenie-
rloser Trauringe. Fleischhauerstr. 26, Breite Str. 26.

Ludwig Zander Juwelier u. Gold-
schmied.
Fernruf 5710. Marienstraße 3.

Lorenz Behnfeldt
Platanstraße 5. Uhren, Goldwaren,
Reparaturwerkstatt.

Rudolph Wiese Goldschmied.
Breite Straße 43.
Gold-, Silberwaren, Versilberung, Alpacca-, Nickelwaren.

Haffers Musikhaus Lübeck.
Markt 3.

Meyer & Eggert Fernruf 2424.
Königstraße 115.
Musikinstrumente.

Musikhaus fr. Dietrich & Co.
Musikinstrumente, Bestandteile. Noten jeglicher
Art. Seltener. Beckergrube 27.

Musik Instrumente, Lauten, Gitarren,
Mandolinen usw.
Ernst Robert. Breite Straße 29. Fernr. 8753.

Geschäftliche Rundschau
und
Zeitungs-Dauer-Fahrplan

Ehlers & Reetwisch St. Petri 2/4, Holstenstraße 1. Das Haus der guten
Qualitäten. Manufaktur. Konfektion. Schuhwaren.

Schuhhaus Zentrum Inh.: W. Ludwig, Marktwiete 2.

Musikhaus Jack Musikalien aller Art. Marktwiete 2.

Grabsteine J. G. Reddiglaub Ndlg.. Israelsdorfer Allee 17. u. 84.
Größte Auswahl am Platze. Billige Preise. Fernsprecher 8197.

Restaurant Spatzvogel Inh. Paul Sievert. Fernruf 2202.
Gemütlicher Aufenthalt. Täglich Künstler-
Konzert.

Schweizerhaus Israelsdorfer Allee. Fernruf 2894.
Restaurant, Café, Konditorei.

Trocadero Fernruf 787. Schlüsselbuden 4. Täglich ab 8 Uhr. Weber-Konzerte.
Sonntags 5 Uhr.

Fledermaus Täglich Anfang 8.30 Uhr. Sonntag und Feiertag 4 Uhr. Vorstellung
und Tanz. 1. Etage! Schenswerte Bar. Stimmung. Humor.

**Wo kauft der Arbeiter Lübecks seine Lebens-
mittel?** Bei Paul Burmester Jr., Holstenstraße 24.

Schuhwarenhaus W. Blumenthal Kohlmarkt 1.
Sandstraße 2-4.

Uhren-Voss Breite Straße 36. Holstenstraße 2. Fernsprecher 8393.

Dauer-Fahrplan des Lübecker Volksboten.

Hamburg		Büchen		Eutin		Travemünde	
Lübeck	Hamburg	Lübeck	Büchen	Lübeck	Eutin	Lübeck	Travemünde
ab 5.15	7.30	ab 5.30	7.05	ab 5.45	7.20	ab 5.20	6.00
7.40 W	8.00	8.15	9.30	8.25	9.15	8.15	9.00
7.47	8.20	8.25	9.40	8.32	9.22	8.22	9.05
9.20 D	9.40	9.45	10.55	9.40	10.30	9.40	10.15
11.00	12.20	11.05	12.15	11.00	11.50	11.00	11.45
1.20	2.35	1.25	2.40	1.20	2.10	1.20	2.05
3.40	5.00	3.45	4.55	3.40	4.30	3.40	4.25
4.17	5.30	4.20	5.35	4.15	5.05	4.15	5.00
7.15 D	8.35	7.20	8.40	7.15	8.05	7.15	8.00
7.20	8.40	7.25	8.50	7.20	8.10	7.20	8.05
8.20 D	9.40	8.25	9.50	8.20	9.10	8.20	9.05
9.20	10.40	9.25	10.50	9.20	10.10	9.20	10.05
9.35	11.15	9.40	11.25	9.35	10.25	9.35	10.20
11.30	1.00	11.35	1.10	11.30	1.05	11.30	1.00
(Dauer- Gewähr)							

Kleinen

Lübeck	Büchen	Lübeck
ab 5.15	7.05	ab 5.30
7.15	8.30	7.20
8.20 D	9.50	8.25
9.20	10.55	9.25
11.30	12.15	11.35
1.20	2.40	1.25
3.40	4.55	3.45
4.17	5.35	4.20
7.15 D	8.40	7.20
7.20	8.50	7.25
8.20 D	9.50	8.25
9.20	10.55	9.25
11.30	12.15	11.35

Seggerberg

Lübeck	Seggerberg	Lübeck
ab 5.15	7.05	ab 5.30
7.15	8.30	7.20
8.20 D	9.50	8.25
9.20	10.55	9.25
11.30	12.15	11.35
1.20	2.40	1.25
3.40	4.55	3.45
4.17	5.35	4.20
7.15 D	8.40	7.20
7.20	8.50	7.25
8.20 D	9.50	8.25
9.20	10.55	9.25
11.30	12.15	11.35

Markmann & Meyer Das bekannte Haus für vorteilhafte Einkäufe.
Markthalleneingang Breite Straße.

H. E. Koch Möbelhäuser Ausstellungsräume. — Fernruf 1050.
Marienstraße 45, 40.
Inh.: Carl Peters & Rudolf Neels.

Georg Petersen Hüxstraße 19. Manufaktur-, Weiß-, Woll- und Kurzwaren.

Walter Büttner Fernruf 1124. Fleischhauerstraße 42. Rohprodukte, Eisen- und
Metalle en gros.

Auto-Eschen Fernruf 1894.

Camphausen & Co. Kraftfahrzeuge.

Posselt's Kohlenhandel
Lang Eschergasse Abteilung Mühlenstr. 52
Fernspr. 8330-8333. Fernspr. 8720-8723.
Koks - Kohlen - Briketts
Alleinvertrieb des Lübecker Gaskoks.

**E. Braun-
schweig Ndlg.** Kohlen
Koks
Briketts
Fernruf 8210, 8717.
Johannisstraße 16, I.

Max Boye Holz-, Kohlen- und Holz-
kohlen-Lager. Täglich
Platzverkauf: Falkenstraße. Telefon 8441.

F. W. Tietz
Transport- und Feuerungsgeschäft
Koks, Kohlen, Briketts. Fernruf 943. Pelzerstr. 24.

Adolf Borgfeld, Lübeck Inhaber Hermann Kubli.
Oelen, Herde, Grudeherde, Gaskocher
Größte Auswahl bei
günstigsten Preisen.

Spanelli
Milch-Schokolade
Schweizer Art

Restaurant Zum Stadtpark
Sonntags Familienkränzchen.

Lebensmittel und Drogen

L. Röpger Fernruf 8915. Königstr. 75.
Kaffee- und Großbäckerei und
Kolonialwaren.

Reserviert für
I. G. Nederegger Marzipan.

Dampfbäderei „Hansa“ Lübeck
J. C. D. Junge & Co. Verkaufsstellen überall.

Hansa-Meierei Fackenburg Allee
59a und b.
Fernruf 281/557.

Postdöcker Butterhandlung
Inh. Robert u. Dora Gündel. F. 2064. Beckergrube 9.

Th. Storm Nachf. Inh. Chr. Stalckbeck
Fernruf 473. Königstraße 98. Spezial-Butter-
und Margarinehandlung. Groß- und Kleinhandel.

Aland Bock- u. Bierwurst

Erich Helm Wurstfabrik.
Fleischhauerstraße 54.

Ahrbergs Bockwurst u. Würstchen
W. Sander. Fernruf 8121. Markt 3.

Fischversandhaus „Möwe“ Alfr. Beßmann
& Co., Lübeck. Fernruf 1352. Kl. Burgstraße 6.
Tel.: Beßmann Kleinburgstr. Großh. i. Fischkons.

Heinrich Drümm Fernruf 651.
Wahmstr. 21.
Spezialgesch. in lebend. Fischen u. Räucherwaren.

Ludw. Buck Fernruf 9784.
Breite Straße 36.
Spezialgeschäft feiner Delikatessen.

C. Klein Fernruf 1727. Pfaffenstraße 4.
Delikatessen - Fettwaren.

Johannes Haanssen Balauerfohr 17
Kolonialwaren - Fettwaren.

Reserviert für
Haanssen Delikatessen Beckergrube 7.

Spethmann & Fischer Kartellheim,
Frucht,
Gemüse. Fernruf 102. Beckergrube 59.

Fr. R. Muuß Günstiger Einkauf von
Lebensmitteln. Alfstraße 25.

C. F. Alm Holstenstraße 12. Fernruf 300.
Farber, Drogen, Chemikalien.

Diana-Drogerie Paul Stammer. F. 8644
Glandorpstr. 1. Farben, Verbandstoffe, Toiletteart.

Ferd. Kayser Drogerie.
Breite Straße 81.

**Lübecker Central-
Brotfabrik** R. Spangenberg, Linden-
straße 20/22.

Ed. Teuteberg
Lederhandlung.
Untertrave 67.

Auguste Popp Schuhwarenhaus.
Erstklassige Fabrikate. Führende Marken.

Friedrich Baurenteind
Schuhwaren. Fernruf 1365. Mühlenstraße 34.

Wih. Ewert, Schuhwaren. Untertrave 3.
Gut sortiertes Lager und Reparaturwerkstatt.

Chr. Reblen Schwönekenquerstraße 25.
Schuhe. Maßanfertigung. Reparaturwerkstätte.

Karl Brandt, Schuhwaren.
Maßgeschäft. Reparaturwerkstätte. Balauerfohr 4.

B. Büttner, Fühlhausen 7. Schuhreparatur-
werkstätte. Maßanfertigung.

Carl Hans Kühl Fernruf 2988.
Mühlenstraße 42.
Leder- und Schuhmacherbedarfsartikel-Handlung.

Alexander Krock, Königstr. 47,
b.d. Johannisstr.
Spezialgeschäft in Lederwaren u. Reiseartikeln.

F. Fränkel
Breite Straße 35 und
Holstenstraße 4.
Billigste Bezugs-
quelle in echten
Lederwaren, Koffern
und Reiseartikeln.

Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 6. September.

Septemberepistel.

Woh, wie ist die Zeit verrückt! — Wo der Stiefel bloß nur brüht! — Ueberall! Braucht man's zu sagen, — daß das Leben ohn' Behagen? — Alle Tage steigt und fällt — unser „sogenanntes“ Geld! — Wo? Wo? Wo? — Was bezeichnen wir — doch bloß noch ein Stück Papier, — das voll an Zahlungswert — keinen Pfifferling ist wert! — Wollten wir's genau feststellen, — hätten nötig wir Tabellen, — die noch mehr wohl un bequem — als das Dezimalmaßsystem. — Unser Geld springt jetzt graufend, — seit der Dollar auf zweifelhafte — steht und mit ihm alle Preise — springen in der gleichen Weise. — Schau ich mich mal bei mir um, — wird die letzte Hoffnung kumm: — hintendurch klatzt meine Hofe, — auf dem Hummeln wuchern Moose, — meine Stiebel? — (Mir wird übel!) — Selbst das Hemd wird bald mir fremd! — Kein Friseur schneid't mir die Haare, — Taschentuch ward Luxusware, — Krage — kann ich nicht mehr tragen, — meiner Strümpfe — letzte Trümpfe, — sind durchlöchert und verweht, — strumpflos ich befehl mich jetzt! — Wäster, Steuern, Kochmaschine — krißt das Geld, das ich verdiene! — Fleisch und Wurst sind rares Futter, — rar sind gleichfalls Schmalz und Butter, — es verzichtet der Geschmack — auf Kaffee und Rauchtobak, — Tausende muß hin man geben, — will man bloß ein Hundeleben — sich erhalten mit Gewalt! — Und noch ist es nicht mal kalt! — Kommt der Winter erst . . . doch still, — kein Prophet ich werden will, — bieweil er ('s ist keine Schande) — doch nichts gilt im Winterlande! — Aber, die da hör'n und sehen, — werden früher mich verstehen, — ohne daß ich Worte mache — über eine heisse Sache, — die die Luft erfüllt mit Graus! — doch ich schweig mich lieber aus! — Wo: Sommer geht zur Neige, — und der Herbst tuft das Geweige, — alle Vögel fliegen fort. — Bei uns halten den Reford — Ausländer, die billig leben — wenn sie Franks und Dollars geben. — Und so war's, so ist's, so bleibt's: — Abwärts immer dieser kreit's — uns, bis wir in Not und Pein — nicht mehr wissen aus und ein! — Ach! die Zeit kömmt' besser sein!

Massnahmen gegen die übermäßige Preissteigerung.

In Anbetracht der dauernden Preissteigerung namentlich auf dem Gebiete des Lebensmittelmarktes wird die Preiswucherkommission demnächst in den einschlägigen Geschäften die Preisberechnungen der verschiedenen Bedürfnisse der Lebenshaltung nachprüfen. Ferner wird das Polizeiamt voraussichtlich in aller nächster Zeit neue Vorschriften über den Preisausgang erlassen. Beschwerden über übermäßige Preissteigerungen sind an die Vorsitzenden der Preiswucherkommission, Herrn Kaufmann Heint. Heidenborff, Am Markt Nr. 15/16, und Herrn Emil Knapp (Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft) zu richten.

*

Die Bezüge der Beamten. In der letzten Versammlung der Bürgererschaft verlas der ständige Senatskommissar ein Senatsbescheid vom 26. August folgenden Wortlauts: Die zuständigen Ausschüsse des Reichsrats und der achte Ausschuss des Reichstages haben sich damit einverstanden erklärt, daß — vorbehaltlich der endgültigen Regelung durch ein nach Wiederzusammentritt des Reichstages zu verabschiedendes Gesetz — die Bezüge der Beamten, Angestellten, Ruhestandsbeamten und Hinterbliebenen nach folgenden Grundätzen geachtet werden: Der Teuerungszuschlag zu den Bezügen der Beamten beträgt vom 1. August 1922 ab: zu dem Grundgehalt und dem Ortszuschlag, soweit diese Bezüge den Betrag von insgesamt 10 000 Mk. nicht übersteigen, 360 v. H., im übrigen 305 v. H., zu den Kinderzuschlägen 305 v. H. Diese Regelung, die auch auf die Angestellten sowie auf die Ruhegehaltsempfänger und die Hinterbliebenen fröngemäß Anwendung findet, entspricht einer Erhöhung der bisher für die Zeit vom 1. August 1922 ab gemächerten Teuerungszuschläge um weitere 120 v. H. Indem der Senat der Bürgererschaft hiervon Kenntnis gibt, bemerkt er, daß er auf Grund der Rat- und Bürgerpflicht, vom 15. Mai und 10. Juli 1922 die Anweisung erteilt hat, die vorbezeichneten erhöhten Teuerungszuschläge auch den lübeckischen Beamten, den Senatsmitgliedern, den staatlichen Angestellten und den Angestellten der vom Staate unterstützten Privatanstalten, diesen Angestellten in der von den staatlichen Sähen abweichenden üblichen Höhe, sowie den Ruhegehaltsempfängern und den Hinterbliebenen wie auch den Angestellten der öffentlichen Handelsbetriebe zu gewähren. Die aus dieser Neuregelung entstehenden Mehrkosten sind für die Zeit vom 1. August 1922 bis zum 31. März 1923 überschläglich auf 75 600 000 Mark berechnet worden. Hinsichtlich ihrer Erstattung aus Reichsmitteln verbleibt es bei den bisherigen Grundätzen.

Verkaufslöhne der Kleinrentner. Nach einer in der letzten Bürgerchaftssitzung bekanntgegebenen Verfügung ist das Jugendamt angewiesen, mit Wirkung vom 1. April 1922 ab die Kleinrentnerinnen und -Krippen, die bisher der Verwaltung der Gesellschaft zur Förderung gemeinnütziger Tätigkeit unterstanden haben, einseitig fortzuführen. Damit ist die Verwaltung und der Betrieb dieser Anstalten auf den lübeckischen Staat übergegangen.

Bezugspreise anderer Parteizeitungen. Einigen unserer Lesern mag im ersten Augenblick der Bezugspreis des „Volksboten“ für diesen Monat etwas hoch erscheinen sein. Im Vergleich zu diesen anderen Parteiblättern aber ist unser Blatt noch billig. Wir geben nachstehend eine Anzahl Beispiele, die zeigen, in welcher Höhe andere sozialdemokratische Zeitungen für September ihre Bezugspreise festgesetzt haben:

Mannheimer Volksstimme	115 Mark
Krausfurter Volksstimme	110 „
Rheinische Zeitung	110 „
Saarbrücker Volksstimme	190 „
Schweitzer Volksstimme	195 „
Leipziger Volkszeitung	120 „
Sünder Arbeiterzeitung	110 „
Süder Volkszeitung	100 „
Bremerhavener Volksstimme	100 „
Küstringer Republik	100 „
Bremer Volksblatt	90 „
Hamburger Echo	220 „

Mit Ausnahme des Hamburger Echo, welches kürzlich zweimal herausgegeben wird, erkennen die meisten der genannten Zeitungen etwa in gleichem Umfang wie der „Volksbote“. Sie müßten meistens noch über 100 Mark für den Monat geben, weil eine Zeitung, die aus eignen geschäftlichen Einnahmen bestehen will, mit einem geringeren Bezugspreis nicht bestehen kann. Nur Blätter, die als Kampfmittel gegen die sozialistische Kulturbewegung der Arbeiter, Angestellten und Beamten von Großkapita-

listen ausgehalten werden, können niedriger gehen im Bezugspreis. Das Volk bekommt das Gift, an dem es krank werden soll, vom Großkapitalismus zum Teil geschenkt. Der Kapitalismus macht dabei immer noch ein „gutes“ Geschäft.

Ueberdruckte Tabaksteuerzeichen. Bei dem Verkauf von Zigaretten in Kisten, die mit überdruckten Steuerzeichen versehen sind, wurde den Händlern vielfach der Vorwurf gemacht, daß sie die Steuerzeichen der zu billigen Preisen eingeföhrten Zigaretten selbst überdruckt hätten, um einen ungerechtfertigten Verdienst zu erzielen. Das Reichsfinanzministerium weist demgegenüber darauf hin, daß der Ueberdruck der Steuerzeichen für Tabakerzeugnisse aller Art durch die Reichsdruckerei oder unter amtlicher Ueberwachung geschieht und daß die dem Ueberdruck entsprechende höhere Steuer erhoben wird. Der Ueberdruck ist angeordnet worden, um die aus der Zeit der Einführung des Tabaksteuerzeichens noch vorhandenen Vorräte an Tabaksteuerzeichen für niedrige Preislagen, die infolge der allgemeinen Preissteigerungen in Tabakwaren nicht mehr benötigt werden, für höhere Preislagen verwendbar zu machen.

Fälsche Reichsbanknoten zu 500 Mark. Von den seit Anfang August d. J. dem Verkehr ausgeführten Reichsbanknoten zu 500 Mark mit dem Datum des 7. Juli 1922 sind Fälschungen aufgetaucht, die als solche, da es sich um rohe Nachbildungen handelt, unschwer zu erkennen sind. Den Fälschungen fehlen teilweise die Hauptkennzeichen der echten Noten, und zwar: der rechtsseitig befindliche himmelblau getönte Grund mit den eingewirkten roten Pflanzenfasern sowie das auf echten Noten in der Durchsicht gut erkennbare Wasserzeichen, das sich aus zwei seitlich verschlungenen Bändern zusammensetzt, von denen das eine mit dunkler Randbegrenzung die helle Wertzahl „500 M.“, das andere umgekehrt mit heller Randbegrenzung, die dunkle Inschrift „500 M.“ trägt. Teilweise ist das Wasserzeichen sehr mangelhaft nachgemacht. Vor Annahme dieser Nachbildungen wird gewarnt und ganz besonders empfohlen, bei der Prüfung der Noten auf das Vorhandensein des echten, vorgeschriebenen Wasserzeichens und des echten Faserstreifens zu achten. — Gleichzeitig wird in Erinnerung gebracht, daß das Reichsbankdirektorium für die Aufdeckung von Fälschungsunternehmen und für zweckdienliche Mitteilungen, die zur Festnahme und Verhaftung von Fälschern und wissentlichen Verbreitern von falschen Reichsbanknoten führen, Belohnungen ausgesetzt hat, die im Einzelfalle je nach der Gefährlichkeit der Fälschung, dem Umfang des Minderwertens und dem Maß der Beihilfe bei der Aufdeckung bis zu einer Höhe von 50 000 Mark belassen werden und sowohl an Einhabungsbeamte, als auch an Privatpersonen zur Verteilung kommen können. Auch in den Fällen werden angemessene Belohnungen gewährt, in denen durch die Aufmerksamkeit des Publikums und der Beamten, Minderwertens verhütet werden.

Erhöhte Aufbewahrungsgebühren für Handgeäck. Nach einer W.R.-Meldung müssen die Aufbewahrungsgebühren für Handgeäck vom 1. Oktober an ebenso wie die Personen- und Gepäcktarife eine Erhöhung erfahren. Der jetzige Satz von 3 Mk. für jeden Tag reicht zur Deckung der Unkosten nicht aus. Es läßt sich deshalb eine Erhöhung auf das Doppelte nicht umgehen, so daß die Aufbewahrungsgebühren für Handgeäck vom 1. Oktober an 6 Mk. für jeden Aufbewahrungstag betragen werden.

Keine Versorgung der Siedlung Schlutup mit Elektrizität. In der letzten Sitzung der Bürgerchaft gab der ständige Senatskommissar bekannt, daß das letzterzeit gestellte Gesuchen, zu prüfen, inwieweit es möglich ist, die Siedlung Schlutup auch gleich mit einer Speiseföhrung zu versehen, der Betriebsbehörde zur Prüfung überwiesen wurde. Der Bericht der Betriebsbehörde geht dahin, daß der Anschluß an das Ortsnetz Schlutup technisch wohl möglich ist, die Kosten der Herstellung der Anschluß- und Verteilungsföhrungen indes so hoch seien, daß eine Verzinsung der Anlage bei dem zu erwartenden Stromverbrauch ausgedehnt sein würde. Der Senat ist der Ansicht, daß unter diesen Umständen der Gebante, die Siedlung Schlutup jetzt mit einer elektrischen Speiseföhrung zu versehen, nicht weiterzuvorsolgen sei.

Vorsicht bei Stellungsangeboten nach dem Ausland. Aus Barel in Oldenburg wird berichtet: In diesen Tagen waren meine Bekannte nach sechs Mädchen aus hiesiger Gegend beinahe dem Mädchenhandel zum Opfer gefallen. Sie waren von einem Händler für Stellungen in Holland gemorben worden und jedem von ihnen waren 13 Gulden ausgehändigt. Der Händler hatte ihnen gesagt, ein Herr in braunem Anzug werde sie auf dem Amsterdamer Bahnhof in Empfang nehmen und sie in ihre Stellungen bringen. Die Mutter des einen Mädchens erkundigte sich aber in Holland und erhielt die Antwort, daß die Angelegenheit frei erfunden sei, und es wurde dringend gewarnt, die Reise anzutreten, damit die Mädchen nicht verschleppt würden.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Betriebsräte im Aufsichtsrat. Die unterzeichnete Körperschaft ersucht dringend, die Meldungen der gemächerten Betriebsratsmitglieder in den Aufsichtsrat bis zum 15. ds. Mts. unter genauer Angabe des Betriebs, der Industriebranche, zu welcher der Betrieb gehört, und Namen und Adresse der Gewählten dem BetriebsräteSekretariat, Johannisstr. 46 part. bekannt zu geben. Die Betriebsrätezentrale.

Mitteilung, Gewerkschaftsvorstände und Leiter der Jugendabteilungen! Bis zum 15. ds. Mts. sind dem Gewerkschaftssekretariat die Jugendvertreter und Jugendleiter zu melden, damit denselben der Ausweis zugestellt werden kann. Wir verweisen auf den § 3 der Satungen. Spätere Meldungen können für dieses Jahr keine Berücksichtigung finden.

Der Vorstand des DGB.

Hansa-Theater. Am Sonnabend wird unter der Direktion von Oskar Cosmi die Winterspielzeit mit der Operette „Die Bajadere“ eröffnet, die in Berlin mit sensationellem Erfolg gegeben wird. In der Titelrolle wird das Lübecker Publikum Eddy Niemi wieder begrüßen können. In weiteren Hauptrollen sind die Herren Ziegler (Tenor), Wolff und Schöpfer sowie die neuengagierten Soubrette Frä. Rohde beschäftigt.

Stadtheater. Donnerstag: Carmen. Frau Kammerlängerin Sanden, Leipzig, singt die Carmen, Kammerlänger Lauber singt den José, Kammerlänger Burg den Escamillo und Frau Kammerlängerin Schuch singt die Mercé. Freitag: Tristan und Isolde unter der musikalischen Leitung von Kapellmeister Mannhardt. Sonnabend: „Russisches Kammerballett“, das bei seinem 2. Einzug in Berlin einen Riesentriumph hatte.

Angrenzende Gebiete.

Rageburg. Lohnaufbesserung der Landarbeiter. Am 1. September, tagte in Wütröm ein Schiedsgericht, um die Streitigkeit betr. Lohnhöhe für die landwirtschaftlichen Arbeiter für Mecklenburg-Schwerin und das Land Rageburg au-

schlichten. Nach folgendem Schiedsspruch betragen die Löhne bis auf weiteres: 1. Die ortsanlässigen Deputatempfänger erhalten je Arbeitsstunde 2 Mk. 2. Die bisher geltenden Frauenlöhne werden um 1,50 Mk. pro Stunde erhöht. Die Melklöhne werden auf 12 bezugsweise 14 Mk. erhöht. 3. Ledige Arbeiter im Jahreslohn bei freier Verpflegung und Wohnung erhalten:

a) männlich:	
im 14./15. Lebensjahre	4600 Mk.
16./17. Lebensjahre	5600 „
18. Lebensjahre	6600 „
19. Lebensjahre	7800 „
20. Lebensjahre	8800 „
21. Lebensjahre	9600 „
22. Lebensjahre nach freier Vereinbarung jedoch mindestens	10100 „
23. Lebensjahre nach freier Vereinbarung jedoch mindestens	10600 „
b) weiblich:	
im 14./15. Lebensjahre	3250 Mk.
16./17. Lebensjahre	4600 „
18. Lebensjahre	6100 „
19. Lebensjahre	6800 „
20. Lebensjahre	7600 „
über 20 nach freier Vereinbarung, jedoch mindestens	8100 „

Die Löhne für Jahreslöhner treten mit dem 1. August 1922 in Kraft. 4. Die unverheirateten Freiarbeiter, welche bestföhtig werden, erhalten einen Stundenlohn von 10 Mk.; die nicht bestföhtigen 11 Mk. Die Säge für Wohnung und Bestföhtigung werden verdoppelt. 5. Die verheirateten Freiarbeiter erhalten einen Familienlohn von 16 Mk. Sie haben auch fernerhin das Recht, 4 Wfd. Korn je Arbeitstag zum Preise von je Wfd. 90 Pfg. zu kaufen. Die Löhne unter 1, 2, 4 und 5 treten mit dem 18. August ds. Jz. in Kraft.

Altona. Demokraten gegen den freien Handel. Der Kreisverband Altona und Umgegend der demokratischen Partei hielt am Sonnabend einen Kreisparteitag ab, der sich auch mit der Lebensmittelversorgung beschäftigte. Zum Schluß der Debatte wurde folgende Entschöhtigung angenommen: „Die ungeheure Steigerung aller Preise für die notwendigen Lebensmittel und alle sonstigen unentbehrlichen Lebensbedürfnisse hat die weitesten Kreise des Volkes in eine große Notlage gebracht und birgt neben den wirtschaftlichen auch große politische Gefahren in sich. Der Kreisparteitag fordert die Reichsregierung auf, mit größter Beschleunigung und Energie die notwendigen Massnahmen zu ergreifen, um die Lebenshaltung des Volkes auf erträglichem Basis zu sichern und dasselbe gegen Ausbeutung und Wucher zu schützen. Als Beispiel sei auf die Zucker- und Margarineversorgung hingewiesen, die sich zu einem Privatmonopol entwickelt haben. Hier ist ein entschiedenes Eingreifen der Reichsregierung unerläßlich.“ — Aus dieser Entschöhtigung kann nur gefolgert werden, daß auch die Demokraten — ehemals starke Kämpfer für Abschaffung der behördlichen Lebensmittelverteilungsregelung — inzwischen eingesehen haben, wohin das „freie Spiel der Kräfte“ föhrt. Auch sie müssen die Berechtigung der staatlichen Verteilungsregelung anerkennen.

Gewerkschaften.

11. Verbandstag des Deutschen Transportarbeiterverbandes.

K. R. Im Berliner Gewerkschaftshaus traten am 3. September die Abgeordneten des Verbandes zum 11. Verbandstag zusammen. Der Verband ist vor 25 Jahren in Altenburg gegründet worden. Seine diesmalige Tagung ist also zugleich Jubiläumstagung. Sprunghaft, wie in allen Verbänden, war kein Ausstieg gleich nach der Resolution. Das geht aus folgenden Zahlen deutlich hervor: im Jahre 1918 besaß der Verband 191 073 Mitglieder, 1919 dagegen 520 883; von da an vererbte der plötzliche riehnhafte Zustrom: 1920 war die Zahl noch auf 578 857 gestiegen, 1921 trat aber ein geringer Mitgliederverlust von 10 910 Köpfen ein; die Zahl fiel bis auf 567 447. Das ist eine Eröhtigung, die durchaus verständlich ist und zu besonderen Befürchtungen keinen Anlaß bietet, die aber doch bekämpft werden muß besonders im Hinblick auf den Umstand, daß auch trotz der fünf- bis sechshunderttausend Organisierten immer noch mehrere hunderttausend Berufsgenossen unorganisiert dastehen. Am Schluß des Jahres 1921 war der Verband in 16 Gauen mit 755 Mitgliedschaften eingeteilt. Unter den Mitgliedern waren 509 397 männliche, 58 050 weibliche. Die männlichen Mitglieder zählten unter sich 13 275 Jugendliche, die weiblichen 1252 Jugendliche. Nach Gruppen geordnet teilte sich die Gesamtmitgliedschaft Ende 1921 folgendermaßen auf: Handelsarbeiter 103 013, Kutsher, Fuhrleute, Kraft- und Lastwagenautoföhrer 70 652, Drohkisten- und Peronenfuhrwerker 11 145, Bierföhrer 8203, Expeditionsarbeiter 30 258, Binnenschiffahrt und Wasserbau 23 988, Seeleute 11 171, Lagerarbeiter usw. In industriellen Betrieben 42 216, Straßen- und Kleinbahnangestellte 65 182, Arbeiter in der Reinigungsindustrie 1836, Theater- und Kinoangestellte 3869, sonstige 3972.

Außerordentlich zahlreiche Wirtschaftskämpfe mußte der Verband in den letzten Jahren führen. Die Unternehmer setzten den berechtigten Forderungen auf Anpassung der Löhne an die Teuerung oft hartnäckigsten Widerstand entgegen. In vielen Fällen müßten schwere Kämpfe geföht werden, um die Unternehmer am Lohnabbau und an der Durchföhrung des Wöhtendertages zu verhindern, oder um sie zur Anerkennung der von den Schlichtungsinstanzen geföhten Schiedssprüche zu zwingen. Fast alle diese Bewegungen sind von Erfolg, vielfach von starkem Erfolg begleitet gewesen, und ungezählte Millionen Mark hat der Verband für seine Mitglieder eröht, und außerdem hat er die anderen Arbeitsbedingungen kraftvoll verbessert. Im Tarifwesen des Verbandes geht eine allmählich fortschreitende Bemüderung der vielen Einzeltarife und eine Verdichtung zu Manteltarifen vor sich. In Geltung waren Ende 1921 1651 Tarife; sie galten für 68 542 Betriebe mit 694 306 Personen. Die Personenzahl ist um etwa 100 000 höher als der damalige Mitgliederbestand des Verbandes; es befinden sich in ihr 82 Prozent Verbandsmitglieder, 10 Prozent Mitglieder aus anderen Verbänden, 8 Prozent Unorganisierte.

Das Kassenwesen wird im Geschäftsbericht des Verbandes als nicht ungenügend bezeichnet. Der Kopffanteil des Mitgliedes am Gesamtvermögen stieg im Jahre 1921 auf das Doppelte des vorhergegangenen Jahres, jedoch reicht er (gemessen am Marktwert) nicht an den Kopffanteil aus früheren Jahren, z. B. aus 1917, heran. Das Barvermögen stieg von 12 633 789 Mark aus Ende 1920 auf 29 241 906 Mark in Ende 1921; den Wert des Bibliothek- und Inventarbestandes hinzugegerechnet, beträgt es 30 761 906 Mk. Riesenhaft wirken die Föhten der Einnahmen des Verbandes: sie betragen im Jahre 1921 87 829 988 Mark, 1920 55 941 693 Mark. Gleich den übrigen Gewerkschaften mußte der Verband angesichts der fortgesetzten Markterweiterung die Verbandsbeiträge wiederholt erhöhen. Ein Satz über ein-

